

Herrn Bundesgesundheitsminister
Prof. Dr. Karl Lauterbach

Herrn Bundesfinanzminister
Christian Lindner

Landesgesundheitsministerinnen
und -minister

für Gesundheit zuständige Senatorinnen und
Senatoren

DER PRÄSIDENT

Telefon +49 30 39801-1001

Fax +49 30 39801-3011

E-Mail i.morell@dkgev.de

Datum 06.09.2022

Dringender Aufruf zur Rettung der Krankenhäuser

Sehr geehrter Herr Minister Lauterbach,
sehr geehrter Herr Minister Lindner,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach zahlreichen bisher erfolglosen Appellen an die Politik, die wirtschaftliche Notlage der deutschen Krankenhäuser zum Anlass zu nehmen zu handeln, hat die Deutsche Krankenhausgesellschaft gemeinsam mit ihren Mitgliedsverbänden heute eine breit angelegte Kampagne zur Rettung der Krankenhäuser auf den Weg gebracht.

Die deutschen Krankenhäuser sehen einer wirtschaftlich extrem schwierigen Lage entgegen, wie sie in den vergangenen Jahrzehnten nicht bestanden hat:

- Weit über 90 % der Kliniken sind nicht mehr in der Lage, die aktuellen Kostensteigerungen aus den regelhaften Erlösen zu refinanzieren.
- Für 87 % der Häuser ist ein Rückgriff auf vorhandene Rücklagen nicht mehr möglich.
- Fast die Hälfte der Kliniken meldet, dass sie eine kritische Liquiditätslage haben und auf Zuschüsse ihrer Träger oder Bankkredite angewiesen sind, um die laufenden Rechnungen zu bezahlen.
- Die Energiekosten für die Kliniken steigen von 2,6 Milliarden € im Jahr 2021 auf 7,3 Milliarden € im Jahr 2023.
- Im Jahr 2023 wird es eine Kosten-Erlöslücke von rund 9 Milliarden € geben, die die Krankenhäuser durch eigene Anstrengungen nicht schließen können.

Angesichts drohender Insolvenzen müssen die im Herbst bevorstehenden Wirtschaftsplanungen der Krankenhausträger bei fehlender Unterstützung durch die Politik zwingend massive Sanierungsanstrengungen mit einem deutlichen Abbau von Versorgungsangeboten zur Reduktion von Personal- und Sachkosten beinhalten.

Eine solche Dynamik des von der Politik zu verantwortenden kalten Strukturwandels hat es in der Vergangenheit noch nicht gegeben. Die Folge werden Leistungseinschränkungen für die Patientinnen und Patienten sein, die erhebliche Wartezeiten für ihre Behandlung in Kauf nehmen müssen. Daneben wird es schwerwiegende Beeinträchtigungen im Rettungsdienst angesichts vielfach geschlossener Notaufnahmen geben.

Die Krankenhausstandorte stehen flächendeckend mit dem Rücken zur Wand. Wir appellieren deshalb erneut an Sie als politisch Verantwortliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Krankenhäuser in ihrer wirtschaftlichen Situation zu stabilisieren.

Wenn die Politik jetzt nicht handelt, werden die Konsequenzen ein bisher unbekanntes negatives Ausmaß für die Patientenversorgung in Deutschland nach sich ziehen.

Mit freundlichen Grüßen



Ingo Morell
Präsident



Dr. Gerald Gaß
Vorstandsvorsitzender